

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. März 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsliste usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Papiernot und Papierverfeuerung. XV. Der Reichstagsunterauschuß für Zeitungs- und Papierfragen; XVI. Der geplante „Lastenausgleich“; XVII. Papiernotstand und Papierverschwendung.

Kritik: Von der „Papiernot“ im Felde. — Geschäftsbericht des Tarifamts für das Geschäftsjahr 1917, IV, V. — Fachtechnische Jahresrevue (4. Fortsetzung).

Ernährungswirtschaft: Unre Mehl- und Broterzeugung.

Korrespondenzen: Singen. — Breslau (M.-M.). — Oderswalde. — Samml. B. — Senau. — Hannover.

Anzeigen: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmungsrechte Beispiel. — Erhöhung der Vergütung für amtliche Bekanntmachungen. — Einsetzung des Erschließens wegen Papiermangels. — Benutzige Entschädigung für größere Verluste bei der Zeitungsverfeuerung. — Ein Papierberechnungskalkül. — Gegen den Wucher in Papierhändlerzeugnissen. — Unheimliche Holzverfeuerung.

Papiernot und Papierverfeuerung

XV. Der Reichstagsunterauschuß für Zeitungs- und Papierfragen

hat am 1. März gefagt und sich mit der Belieferung von 24 Berliner und andern Zeitungen im Reiche befaßt, worüber das Reichswirtschaftsamt auf Verlangen den Nachweis erbracht. Die schlechte Versorgung der Berliner Blätter spielte eine besondere Rolle. Ein Unterstaatssekretär verwarf die in Betracht kommenden amtlichen Stellen, als sollte den Zeitungen das Lebenslicht ausgeblasen werden. Der Regierungsvertreter bestritt auch eine nachteilige Behandlung der Berliner Zeitungen. In Berlin mit seinen großen Blättern und den vielen Anstern sei eben der Papierverbrauch am höchsten. „Einsparungen in der Papierzufuhr kämen auf die Verkehrsverhältnisse, Klagen und Wünsche einzelner Zeitungen wurden verschiedentlich erwähnt. Man kann danach auf eine deutlich gewesene Aussprache schließen.

Ein anderer Regierungsvertreter stellte mit, für Zeitungspapier wären für eine längere Zeitdauer Höchstpreise festgesetzt. Das ist ganz etwas Neues, denn bisher sind die Papierpreise in kürzeren Zeiträumen bedeutend gestiegen. Gleichfalls sprach dieser Regierungsmann von dem geplanten Abbau der den Verlegern als Sellausgleich für die hohen Papierpreise gewährten staatlichen Zuschüsse und der damit von den Beteiligten selbst angeschliffenen Frage zwangsweiser Erhöhung der Abonnements, worüber Mitte März mit Vertretern von Zeitungsverlegern verhandelt werden würde. Schließlich sprach er den Wunsch nach besserem Zusammenarbeiten zwischen dem Verbands der Druckpapierfabrikanten und den Zeitungsverlegern aus. Das ist jedoch nicht so einfach, weil zwischen diesen Interessengruppen wegen der Haltung der Papierfabrikanten während des Krieges sich eine scharfe Gegnerschaft herausgebildet hat.

St der für die Öffentlichkeit gegebene Bericht über diese Ausschubstung auch recht summarisch, so läßt sich doch sagen, daß die Einsetzung dieses parlamentarischen Ausschusses nicht zu den überflüssigen Einrichtungen gehört, von denen wir durch die Kriegswirtschaft übergenug erhalten haben.

XVI. Der geplante „Lastenausgleich“.

Reich und Bundesstaaten — von diesen untre Wissen nicht alle — hatten den Verlegern von Tageszeitungen für die hohen Papierpreise eine Rückvergütung aus öffentlichen Mitteln gewährt, d. h. ein Teil der ganz beträchtlichen Erhöhungen für Zeitungspapier wurde von den Regierungen getragen. Es sind das Liebesgaben für die Papierfabrikanten, für die nur eine Umleitung vorgenommen wird: die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zahlt sie an die Verleger gemäß ihres Bezuges aus. In Österreich hat man auch zu diesem nicht unbedeutenden Wege schreiben müssen.

Mit der fortgesetzten Preissteigerung wird die finanzielle Belastung daraus dem Reich und den Bundesstaaten aber zu groß, denn die Rückvergütungen wurden erhöht nach dem Maße der vorgenommenen Papierverfeuerung. Seit dem 1. November, der letztmaligen Papierpreiserhöhung,

schwebt die Neuregelung dieser Zuschüsse. Das Reich will oder kann nicht mehr mitmachen, es denkt an den Abbau, der mit dem 1. April beginnen soll. In der vorstehend besprochenen Sitzung des Reichstagspapierausschusses ist von Regierungseite erklärt worden, aus dem Kreise der Beteiligten sei selbst der Vorschlag gekommen, durch eine Zwangserhöhung der Bezugspreise die staatlichen Zuschüsse abzubauen. Es ist merkwürdig, was alles an Vorschlägen der Reichsregierung von Zeitungsverlegern gemacht sein soll. Das täglich nur einmalige Erscheinen sowie der Ausfall der Sonntagsausgaben waren auch so wunderbare Gedanken, die selbst die Berliner Stellen als undiskutabel verwarfen. In den Zeitungsverlegerorganen kommen aber stets andre Meinungen zum Ausdruck als solche „Vorschläge zur Güte“. Setzt sich das auch wieder so.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat am 21. Februar dem Reichswirtschaftsamt mitgeteilt, daß auf die Anregung dieser Behörde vom 5. Februar alle Kreisversammlungen bzw. Vorstandssitzungen gehe ausnahmslos dahin:

daß an einen Abbau der Zuschüsse vom 1. April ab und überhaupt so lange nicht gedacht werden kann, als der Papierpreis sich in aufsteigender Linie bewegt. Die Erörterung aller weiteren damit zusammenhängenden Fragen wie der einer zwangsweisen Erhöhung der Abonnementspreise hat sich daher fürs erste erübrigt.

Nach dem „Zeitungsverlag“ vom 8. März haben Ende Februar und zu Anfang März in Berlin Besprechungen mit den Zentralbehörden in diesen Sachen stattgefunden.

Die „Mitteilungen“ der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger berichten in ihrer Nummer vom 2. März eingehender über die vom Reichswirtschaftsamt mitgeteilte Ansicht des Abbaues der gedachten Rückvergütungen in Verbindung mit einer durch gesetzliche Verordnung festzusetzenden Erhöhung der Bezugspreise, also einer planmäßig betriebenen Verfeuerung der Zeitungen. Die Berliner Vereinigung hält einen zwangsweisen Eingriff der Regierung in die Gestaltung der Bezugspreise „zunächst“ nicht für erwünscht, die Zuschüsse vom Reiche müßten beibehalten werden, die Verhältnisse bei den einzelnen Zeitungen lägen so verwickelt, daß eine schematische Regelung erhebliche Schwierigkeiten bereite. Wenn trotzdem die Regierung an ihrer Ansicht festhalte, so verlange die Vereinigung, über die grundlegenden Einzelheiten gehört zu werden, mache aber noch folgende Punkte zur Voraussetzung für ihre Zustimmung:

1. Regelmäßige Berichterstattung der Kriegswirtschaftsstelle über die Durchführung der Rationierung und der gewährten Ausnahmeregelung.
2. Einzicht in die Berichterstattung über die Rationierung soll jedem Verleger auf Wunsch jederzeit zugänglich gemacht werden.
3. Die Übertragung der Papierverteilung und Papieraufteilung auf den Verband Deutscher Druckpapierfabrikanten, dem für die Dauer des Krieges oder der Zwangsrationierung alle ringfreien Fabriken anzugliedern oder zu unterstellen sind.
4. Strenge Durchführung der Zwangserzeugung von Zeitungsdruckpapier.
5. Rechtzeitige Hinzuziehung der Verlegerverbände vor Festlegung der Papierpreise und bei der Preisfestlegung stärkere Berücksichtigung der den Druckpapierfabriken aus der bevorzugten Zuteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften erwachenden Vorteile.
6. Unbedingte Sicherstellung des Eisenbahntransports für Zeitungsdruckpapier.
7. Sofortige Auszahlung des Reichszuschusses für die Zeit vom 1. November 1917 in Höhe von 15 Mk. an die einzelnen Verleger.

Die 15 Mk. verschieben sich für je 100 kg bezogenes Papier. Es wird dann noch gesagt, man wolle „nicht nur dauernd Objekt der Fälligkeit der Kriegswirtschaftsstelle sein, sondern ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über diese Organisation ausüben“. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger plant eben keinen guten Frieden mit der Kriegswirtschaftsstelle. Im übrigen ist das keine grundsätzliche Gegnerschaft zur Zwangserhöhung der Bezugspreise. Die Hauptorganisation wird wohl auch schon nachgeliefert geworden sein.

Die Breslauer Zeitungsverlegervereinigung hat eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gerichtet. Der Wegfall der Vergütung für die Papierpreiserhöhungen würde einer Katastrophe gleichkommen. Die Zeitungsabonnements wären schon um 25—50, in einzelnen Fällen sogar um 80 Proz. gegen den Friedensstand erhöht worden. Bei gleichbleibendem Papierpreis — in der Eingabe wird indes von der Möglichkeit einer weiteren Erhöhung zum 1. April gesprochen! — würde der Ausfall der bisherigen Zuschüsse eine weitere Verteuerung der Zeitungen um 50 Proz. im Gefolge haben müssen. Eine solche Abwälzung finde „ihre natürliche Grenze in der Unfähigkeit sehr vieler Bezahler, den erhöhten Preis zu zahlen“. Die Kritik der mittleren und kleineren Presse würde mit einem Schläge preisgegeben sein. Ein Fortfall der Zuschüsse müße wohl ins Auge gefaßt werden, aber doch erst dann, wenn das Ende des Krieges abzusehen sei und Zeitungspapier wieder zu annehmbaren Preisen hergestellt werden könne. Die von den Breslauer Zeitungsverlegern angeführten Gegengründe sind gewiß einleuchtend.

Die württembergischen Zeitungsverleger haben sich auch mit aller Entschiedenheit gegen den Abbau der Zuschüsse geäußert; sie würden jedoch die Gewährung an die Papierfabrikanten selbst vorsehen, damit nicht Wohlverhalten der Presse daraus hergeleitet werden könne. Von den westpreussischen Zeitungsverlegern ist die Hauptorganisation dringend ersucht worden, jede weitere Belastung des Zeitungsgewerbes hinauszubalten.

Die Situation ist also: Die Tageszeitungen können nicht ohne Staatshilfe bestehen, weil mit Hilfe des Staates die Papierpreise fast unerwünscht geworden sind und — entgegen der regierungsseitigen Behauptung einer längeren Festsetzung der Höchstpreise (siehe Abschnitt XV) — mit einer weiteren Erhöhung zum 1. April gerechnet wird. Das Reich und die Bundesstaaten haben aber seit 1. November keine Rückvergütungen mehr gewährt und wollen damit überhaupt Schluss machen. Das Publikum soll die Liebesgaben an die Papierfabrikanten aufgeschafft bekommen durch zwangsweise Verfeuerung der Zeitungen. Der Starren ist böse verfahren! Die ungelungene Preispolitik unserer Kriegswirtschaft hat sich auch hier bitter gerächt. Der Staat macht sie durch die ungeheure Steigerung der Holzpreise selbst mit. Warum soll denn das vielgeplagte Publikum das Lastier dieses rigorosen Ausgleichs sein? Man langle doch mit dem Abbauen bei den Holzpreisen um, an und zwinge dann die Papierfabriken zu billigerer Erzeugung! Wüßtenfalls könnte ja eine Anzahl dieser Betriebe militarisieren; in den letzten Tagen ist doch die Heeresverwaltung mit den Daimler-Werken diesen Weg gegangen. Geht das alles nicht, d. h. wenn es nicht gehen soll, dann gewähre man die Zuschüsse bis auf weiteres fort, abble sie dann aber direkt an die unerfülllichen Papieragrarier.

XVII. Papiernotstand und Papierverschwendung.

Der Kohlenmangel hat auch in letzter Zeit wieder Zeitungen fast zum Stillstande gebracht. Die in Frage kommenden Papierfabriken waren diesmal aber nicht die den Berliner Bedarf deckenden schließlichen, sondern oben in Aachen und in Stensburg konnten die Fabriken kaum noch arbeiten wegen Kohlenmangels, und die von diesen abhängigen Hamburger Blätter erschienen ein paar Mal nur mit zwei Seiten Umfang. Die „Buerische Zeitung“ erlebte ebenfalls um Mitte Februar eine Notfrist. Die beiden Papierfabriken in Rheinland-Weßfalen vermochten nicht zu liefern, weil ihnen die Kohle fehlte. Die „B. Z.“ frug mit Recht: „Wie ist das möglich, zumal beide Fabriken vor der Tür des Kohlenbezirks liegen und hier auf den Zechenplätzen die Kohlenvorräte fast verbrennen! Also wieder die ledige Wagennot, gepaart mit Verkehrs-bureaunkrausum.“

Andererseits wird mit dem Papiere noch Verschwendung getrieben. Wenn die „Münchener Zeitung“ am 24. Januar eine Extraausgabe von Herkings Rede veröffentlichen konnte, die schon die Vorderseite zu einem Dreifach weiß

